

Der Systemwechsel in Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Oktober.

Wahrscheinung der „Vossischen Zeitung“.

„Post Nipio“ meldet aus Wiener Quelle, daß Handelsminister Baron Szyrenyi als homo regius eine politische Mission erhalten hat. Baron Szyrenyi wird unverzüglich mit den Parteiführern in Verbindung treten und über seine Verhandlungen mit den Politikern, auch mit außerhalb des Parlaments stehenden Führern, dem König Bericht erstatten. Das gleiche Blatt meldet, daß die Person des Fürsten Windisch-Grätz abermals in den Vordergrund getreten sei. Man wolle durch eine Kombination Windisch-Grätz einen Übergang schaffen.

Die „Nz Ost“ von wohlinformierter Seite aus Wien vernimmt, daß dem Prinzen Ludwig Windisch-Grätz bei der Lösung der ungarischen Krise eine höchwichtige entscheidende Rolle zugebachet. Er ist zum gemeinsamen Minister des Neußern anzuersuchen. Nach einer anderen Besart, die sich auf eine Mitteilung des Grafen Tisza in der gestrigen Besprechung der Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses stützt, lautet der Graf Julius Andrássy der geeignetste Mann sei, um die Monarchie bei den Friedensverhandlungen zu vertreten, erzählt man, daß der Minister des Neußern Graf Burian seinen Platz verlassen müsse und an seine Stelle Graf Julius Andrássy treten soll.

Zu Abgängen wird eine Reihe von Politikern als Kandidaten für die Ministerpräsidentenschaft genannt. Als erster Prinz Ludwig Windisch-Grätz, dann Baron Julius Blässles, den der derzeitige Ministerpräsident Dr. Welser als Nachfolger empfohlen hat, der aber abgelehnt haben soll, ferner Ludwig Kovacs. Die neue Regierung soll, dem Betrachter nach, eine Koalitionsregierung aus den Vertretern aller Parteien sein, deren Hauptaufgabe die Durchführung der Demokratisierung der ungarischen Politik sein würde. Man sucht, an die Spitze der Regierung einen Politiker zu stellen, der im Krieg nach keiner Richtung hin exponiert ist.

Nach einer Nachricht wird der Redakteur des Zentralorgans der ungarländischen sozialdemokratischen Partei Ernst Carant auf Antrag des Prinzen Windisch-Grätz zum König zur Audienz berufen.

Aus politischen Kreisen Kroatiens wird der Berichtshatter des „Blag“ dahin informiert, daß Kroatien sich entschlossen habe, einen kroatischen Nationalrat zu gründen, weil es davon überzeugt sei, daß heute kroatische Politik nur auf äußerster Grundlage gemacht werden kann. Die Slowenen und Dalmatiner haben schon früher einen gemeinsamen Nationalrat errichtet. Das Auftreten des Grafen Tisza in Kroatien und Dalmatien hat die Parteien dort zu einem Zusammenschluß bewogen.

Der Zusammenschluß der Deutschen.

Wien, 11. Oktober.

Der Obmann der deutsch-böhmischen Vereinigung hat den deutsch-böhmischen Sozialdemokraten mitgeteilt, daß die deutsch-böhmische Vereinigung dem Standpunkt der sozialdemokratischen Partei Rechnung trage, wonach an dem geplanten gemeinsamen deutschen Ausschusse nur Abgeordnete des allgemeinen Wahlrechts teilnehmen dürfen. Uebrigens hätten die Mitglieder des Herrenhauses auf die Teilnahme verzichtet. Die Sozialdemokraten antworteten, daß sie bereit seien, an der Beratung der deutsch-böhmischen Abgeordneten teilzunehmen, deren Zweck vorherhand eine Aussprache zur Orientierung über die Lage in Deutsch-Böhmen sein würde.